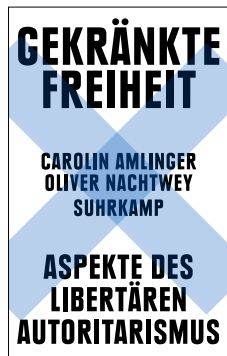


DOI: 10.5771/0342-300X-2024-1-69



CAROLIN AMLINGER/
OLIVER NACHTWEY
GEKRÄNKTE FREIHEIT
ASPEKTE DES LIBERTÄREN
AUTORITARISMUS

Suhrkamp Verlag,
Berlin 2022

ISBN 978-3-518-43071-2
480 Seiten, 28,00 €

© WSI Mitteilungen 2024
Diese Datei und ihr Inhalt sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Verwertung (gewerbliche Vervielfältigung, Aufnahme in elektronische Datenbanken, Veröffentlichung online oder offline) sind nicht gestattet.

BESPROCHEN VON

Leo Roeper, Dr., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Soziologie im Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kritische Theorie, Rechtspopulismus / Neue Rechte, Rassismus und Antisemitismus.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur zu den rechten und autoritären Bewegungen der Gegenwart gibt es nur wenige Arbeiten, die sich systematisch auf die Autoritarismus-Studien der frühen Kritischen Theorie beziehen. Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey haben mit „Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus“ nun eine Untersuchung vorgelegt, die sich dezidiert in diese Tradition stellt. Ihr Ausgangspunkt ist die Beobachtung einer „Metamorphose des autoritären Charakters“ (S. 15): Im Gegensatz zum „klassischen“ Autoritären, der sich einem Kollektiv oder einer Führerfigur unterwirft, trete heute ein libertärer Autoritarismus in den Vordergrund, der im Namen einer „individualistischen Freiheitsidee“ (S. 13) gegen etablierte Autoritäten und staatliche Regulierungen aufbegehrt.

Die Ursachen dieses Phänomens seien „in der historischen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften zu finden“ (S. 13). Die ersten vier Kapitel des Buches widmen sich daher zunächst auf einer grundlegenden gesellschaftstheoretischen Ebene der „aporetische[n] Struktur der bürgerlichen Freiheit“ (S. 30) und den Freiheitskonflikten der Gegenwartsgesellschaft. Zur theoretischen Bestimmung der Widersprüche der Freiheit in der Moderne werden neben Vertretern der Kritischen Theorie unter anderem Georg Simmel, Emile Durkheim, Alexis de Tocqueville und Ulrich Beck herangezogen, wobei deren Ausführungen eher referiert als zu einer eigenen theoretischen Perspektive synthetisiert werden. Die gesellschaftliche Entwicklung der jüngeren Vergangenheit charakterisieren Nachtwey und Amlinger als „regressive Modernisierung“ (S. 95), die durch eine Gleichzeitigkeit von Fortschritten und Rückschritten geprägt sei. So seien zunehmende Geschlechtergerechtigkeit und Bildungsexpansion, von der vor allem die neuen Mittelklassen profitiert hätten, einhergegangen mit der Entstehung eines Dienstleistungsprekariats und der Zunahme sozialer Ungleichheit. Der progressive Normwandel, der zu einem Machtzuwachs für Frauen und marginalisierte Gruppen geführt habe, werde von etablierten Gruppen als Machtverlust empfunden. Schließlich habe die zunehmende Verwissenschaftlichung der Gesellschaft alte Wissensbestände und Erfahrungswissen entwertet. All diese gegenläufigen Prozesse würden bei vielen Individuen Gefühle der Ohnmacht und Kränkungen erzeugen, die oftmals durch Resentiments und „aversive Gefühle“ (S. 137) wie Groll und Zorn verarbeitet werden.

Im fünften Kapitel führen Amlinger und Nachtwey den libertären Autoritarismus ein, den sie als spezifische Reaktionsform auf die Widersprüche der regressiven Modernisierung verstehen. Die Subjekte seien aufgefordert, selbstbestimmt und kritisch zu sein, hätten real aber kaum Kontrolle über die Bedingungen ihrer Autonomie und stünden einer zunehmend undurchschaubaren Welt gegenüber. Der libertär-autoritäre Charakter reagiere auf diese Situation, indem er sich auf sich selbst und eine verdinglichte Idee negativer Freiheit zurückziehe. Auch wenn

bei ihm die Unterwerfung unter die Nation oder eine Führerfigur fehle, bleibe er autoritär, weil er sich aggressiv gegen alle Gruppen und Institutionen richte, die seinen Freiheitsansprüchen entgegenstehen. Amlinger und Nachtwey führen die Genese dieses neuen Typus auf die Verbreitung von Freiheits- und Selbstverwirklichungsnormen und auf veränderte Sozialisationsbedingungen zurück. Während die patriarchale Kleinfamilie einen relativen Bedeutungsverlust erfahren habe, hätten andere Sozialisationsinstanzen wie die Massenmedien und *peer groups* an Einfluss gewonnen. Die Folge sei, dass die widersprüchlichen Anforderungen von Leistung und Selbstverwirklichung unmittelbar auf das Individuum einwirken, noch ehe sich ein autonomes Ich als Vermittlungsinstanz herausgebildet habe. Das führe in verstärktem Maße zu „inneren Spannungen und Kränkungen [...]. Die aggressive Demonstration der eigenen Unabhängigkeit ist gleichzeitig *Symptom* spätmoderner Individualisierung wie *Protest* gegen sie.“ (S. 181) Sozialstrukturell verorten sie den libertär-autoritären Charakter in Milieus, in denen Werte wie Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung, aber auch Leistungsdenken am stärksten verankert sind. Dazu zählen etwa das aus den Alternativbewegungen der 1970er und 1980er Jahre hervorgegangene sozialökologische Milieu und liberal-intellektuelle Milieus, aber auch die eher in der unteren Mittelschicht situierten „Hedonisten“.

Die Kapitel 6 bis 8 widmen sich anschließend der genaueren Analyse verschiedener Erscheinungsformen des libertären Autoritarismus. Untersucht wird die Figur des „gefallenen Intellektuellen“ (Kapitel 6), dessen Deutungsstärke durch spezialisierte Expertendiskurse und die stärkere öffentliche Wahrnehmung vormals marginalisierter Gruppen zunehmend in Frage gestellt werde. Einige – zum Teil früher links positionierte – Intellektuelle reagieren auf die neue Situation mit Polemiken gegen „Cancel Culture“, linken Moralismus und die vermeintlich gleichgeschaltete öffentliche Meinung und bilden bisweilen „Querfronten“ mit der extremen Rechten. Im 7. Kapitel wenden sich Amlinger und Nachtwey – gestützt auf eigene empirische Forschung aus dem Jahr 2020 – der „Querdenker“-Bewegung zu, die bereits zuvor als „Prototyp des libertären Autoritarismus“ (S. 24) vorgestellt worden war. Die Mehrheit der Befragten beschreibe sich als antiautoritär und lasse kaum fremden- oder islamfeindliche Einstellungen erkennen. Verbreitet seien hingegen esoterische Weltansichten, Verschwörungsglaube und „eine latente Neigung zum Antisemitismus“ (S. 259). Die Realität der Pandemie werde meist nicht grundsätzlich geleugnet, das Handeln von Regierung und Wissenschaft stehe aber unter Generalverdacht. Die Maßnahmen würden als unverhältnismäßig und als Deckmantel für die Durchsetzung anderer verborgener Ziele kritisiert. Dabei berufe man sich auf eigene Recherchen oder lebensweltliches Erfahrungswissen, aber auch auf alternative Experten. Abschließend wird dem libertär-autoritären „regressiven Rebellen“ der Typus des „autoritären Innovators“ gegenübergestellt, der eher dem Muster

des „klassischen“ Autoritarismus entspricht. Er hält prinzipiell an den Institutionen fest, will diese aber in seinem Sinne verändern.

„Gekränkte Freiheit“ ist verdienstvoll in dem Anliegen, die Kritische Theorie des Autoritarismus in die sozialwissenschaftliche Debatte zurückzuholen und für die Gegenwartsanalyse nutzbar zu machen. Vor allem die empirisch fundierten Kapitel, in denen dem libertären Autoritarismus in seinen verschiedenen Facetten nachgegangen wird, sind lesenswert. Gleichwohl ließe sich die Frage stellen, ob bestimmte Aspekte des Phänomens historisch so neuartig sind, wie Nachtwey und Amlinger es nahelegen. Als Kontrastfolie führen sie zumeist die *Studies in Prejudice* an, die das Institut für Sozialforschung in Kooperation mit der University of California in den 1940er Jahren durchgeführt hatte. Unter den dort untersuchten amerikanischen Mittelschichtsangehörigen waren der Typus des „Rebellen“ und des wahnhaften „Spinners“ tatsächlich in der Minderheit (vgl. S. 184ff.). Im europäischen Faschismus und im Nationalsozialismus hingegen war die Mischung aus Rationalismus, Esoterik und Verschwörungsmysterien keine „Form heterodoxen, gesellschaftlich stigmatisierten Wissens“ (S. 275), sondern ein Kernbestandteil. Das gilt ebenso für die rebellische Attitüde, auch wenn diese im Faschismus nicht libertär grundiert war.

Die größte Schwäche des Buches ist die Unentschiedenheit in der Kritikperspektive, die dem eher eklektischen Zugriff auf Theorien entspricht. Amlinger und Nachtwey verweisen selbst darauf, dass eine „Kritische Theorie der Freiheit“ (S. 27) auf zwei verschiedene Weisen vorgehen könne: Es könne einerseits kritisiert werden, dass das Ideal der Freiheit in der modernen Gesellschaft nur ungenügend realisiert werde; andererseits könne die Kritik darlegen, dass die Realisierung der Freiheit „unbeabsichtigte Nebenfolgen“ (S. 30) zeitige, die sie zugleich einschränken. Amlinger und Nachtwey beanspruchen, beide Formen der Kritik verbinden zu wollen, wobei sie den zweiten Kritikmodus mit Marx und der frühen Kritischen Theorie zu identifizieren scheinen. Deren Überlegungen werden angeführt, um herauszustellen, dass die Antinomien der bürgerlichen Freiheit „in ihr selbst“ (S. 44) liegen: Die Subjekte sind rechtlich frei, können aber aufgrund der Klassenstruktur der Gesellschaft real nicht über die ökonomischen Bedingungen ihres Lebens bestimmen; die Freiheit werde zu einem bloßen Mittel des Einzelinteresses und der Anpassung an das verselbstständigte Marktgeschehen. Daher wohne der „Art und Weise, wie kapitalistische Gesellschaften ihre Mitglieder integrieren, selbst eine autoritäre Tendenz“ inne (S. 183). Solche grundlegend gesellschaftskritischen Bestimmungen finden sich jedoch nur in wenigen Passagen.

Im Fortgang des Buches tritt hingegen ein Kritikmodus in den Vordergrund, der sich als kommunitaristisch charakterisieren lässt. Die kommunitaristische Kritik löst das Problem grundlegender Widersprüche und „Aporien“ der bürgerlichen Freiheit, die mit Marx und der Kri-

tischen Theorie noch betont worden waren, in zwei Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen auf, die dichotom gegenübergestellt werden. Das Problem der individualistischen – und erst recht der libertären – Freiheitsidee bestehe darin, dass sie Freiheit rein negativ, als Abwesenheit äußerer Einschränkungen verstehe und damit ihre eigenen sozialen Voraussetzungen leugne. Ihr wird als normativer Maßstab eine positive soziale Freiheitskonzeption gegenübergestellt, die sich dadurch auszeichne, dass sich die Individuen „in ihrer Abhängigkeit wechselseitig anerkennen.“ (S. 92) Durch diese Verschiebung erhalten die Ausführungen von Nachtwey und Amlinger bisweilen einen moralisierenden und paternalistischen Unterton. Die Aufgabe Kritischer Theorie bestehe heute nicht mehr darin, eine repressive Gesellschaft zu kritisieren, sondern das „gegen die Gesellschaft rebellierende Individuum vor sich selbst zu warnen.“ (S. 46) Immerhin gebe es eine Mehrheit von „befreiten und mündigen“ Individuen (S. 21) mit „zweifelsohne gelingende[n] Lebensweisen“, die ihre „Ansprüche den verfügbaren Möglichkeiten anpassen.“ (S. 15) Die libertären Autoritäten mit ihrer „Überhöhung der eigenen Autonomie“ (S. 200), die „radikalisierte Ansprüche“ (S. 89) formulieren und sich „trotzig gegen soziale Konventionen auf[lehnen]“ (S. 16), scheinen demgegenüber vor allem ein Bewusstseinsproblem zu haben.

Zwar ist es richtig, dass die individualistische Freiheitsvorstellung soziale Abhängigkeit leugnet; was in der kommunitaristischen Perspektive jedoch nicht mehr thematisiert wird, ist der von Herrschaft und Zwang geprägte Charakter dieser Abhängigkeit selbst. Amlinger und Nachtwey nehmen in ihrer berechtigten Kritik des autoritären Libertarismus den Standpunkt des Staates ein, der mit Rückgriff auf Axel Honneth zum Ort der „Solidarität“ und der „demokratischen Sittlichkeit“ idealisiert wird (vgl. S. 351ff.). Dass der Staat nicht einfach einen positiven Gegenpol zu den ökonomischen Zwängen des Kapitalismus darstellt, sondern diese auch mit hervorbringt, indem er die *negative* Abhängigkeit aller Menschen von der Kapitalakkumulation verwaltet und reproduziert, fällt aus der Betrachtung heraus. Damit verschiebt sich der Fokus von einer Kritik an den grundlegenden Widersprüchen der Gegenwartsgesellschaft zu einer moralischen Kritik am falschen Freiheitsverständnis und den „abweichende[n] Verhaltensweisen“ (S. 181) eines Milieus, die in vagen Forderungen nach mehr Sozialstaat und einer „Demokratisierung der Demokratie“ mündet (S. 354). ■